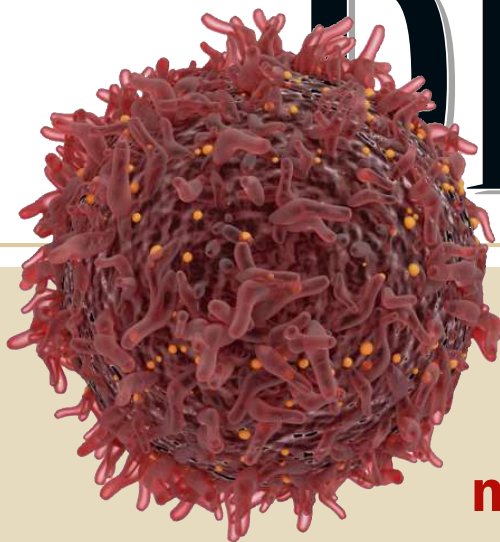


DER TAGESSPIEGEL

RERUM COGNOSCERE CAUSAS



Mit der eigenen Körperkraft heilen: Wie wirksam sind die **neuen Krebstherapien?** – S. 4+5

Komödiant **Kurt Krömer** über seine Zeit als Schlüsselkind und die Bärte von Neukölln – *Sonntag*



BERLIN, SONNTAG, 15. SEPTEMBER 2019 / 75. JAHRGANG / NR. 23 946

WWW.TAGESSPIEGEL.DE

BERLIN/BRANDENBURG 2,50 €, AUSWÄRTS 3,30 €, AUSLAND 3,50 €

China – der gefürchtete Partner

Fluch oder Segen? Was steckt hinter Chinas Investitionen in der EU? Eine Recherche von Investigate Europe – *Sonntag*



Foto: istockphoto/Getty Images

Chinas Einfluss

Europa muss sich rüsten

VON HARALD SCHUMANN

Der Widerspruch könnte größer kaum sein. China, die neue Supermacht, ist ein unverzichtbarer Partner für die Europäische Union. Jeden Tag handeln beide Seiten Waren für mehr als eine Milliarde Euro, allein die deutsche Autoindustrie erzielt im Reich der Mitte fast ein Drittel ihres Umsatzes. Aber China, die Parteidiktatur, nutzt skrupellos ihre wirtschaftliche Macht, um Kritiker ihrer Repression gegen Minderheiten und Dissidenten mundtot zu machen und ihren autoritären Staat als Modell zu verkaufen, auch in Europa.

Damit sind die EU-Regierungen lange gelassen umgegangen. Pflichtschuldig forderten sie immer mal wieder Freiheit für Chinas politische Gefangene, für die Tibeter oder wie jüngst Kanzlerin Merkel für die Bürger in Hongkong, während sie gleichzeitig die wirtschaftliche Verflechtung vorantrieben. Schon mehr als 300 Milliarden Dollar haben chinesische Unternehmen in Europa investiert, und umgekehrt ist es sogar noch mehr. Aber dieses Laissez-faire kommt jetzt an sein Ende. Chinas Aufstieg stellt radikal die Vorherrschaft der USA infrage, und dem antwortet die amerikanische Politik parteiübergreifend ebenso radikal: China soll am weiteren Zuwachs gehindert, sein Einfluss zurückgedrängt werden. Der laufende Zollkrieg ist nur der Anfang. Langfristige wollen Amerika Strategien China wirtschaftlich isolieren und die Volkswirtschaften beider Länder entkoppeln.

Das stürzt die Europäer in ein strategisches Dilemma. Exemplarisch ist der Streit über den Telekommunikationsriesen Huawei, der es als erster chinesischer Konzern zum Weltmarktführer gebracht hat. Genau darum traf ihn der Bannstrahl aus Washington. Zur Begründung führte die US-Regierung zwar Sicherheitsrisiken an, aber für die gibt es keinerlei Beleg. Huawei ist sogar der einzige IT-Hersteller, der anders als US-Firmen, den Sicherheitsbehörden alle Details seiner Technologie offenlegt. Gleichwohl droht die US-Regierung europäischen Firmen mit dem Ausschluss vom amerikanischen Markt, wenn sie mit Huawei im Geschäft bleiben. Im nächsten Schritt will die Trump-Regierung auch alle chinesischen Unternehmen sperren, die in irgendeiner Verbindung zum Militär stehen, und das wird sie auch von den europäischen Nato-Partnern fordern.

So droht die EU zum Schlachtfeld eines Wirtschaftskriegs zu werden, bei dem sie in ihrer jetzigen Verfassung nur verlieren kann. Eine Entkopplung von China können sich die Europäer, anders die USA, nicht leisten. Aber das gilt erst recht für den US-Markt. Und zugleich müssen sie verhindern, dass Peking sich politischen Einfluss in Europa kauft. Darum, so mahnte jüngst der Leiter der EU-Denkfabrik Bruegel, Guntram Wolf, wird den EU-Staaten nichts anderes übrig bleiben, als gegenüber beiden Supermächten eine eigene Souveränität zu entwickeln. Die Macht dazu haben sie. Für den Zugang zum weltgrößten Binnenmarkt könnten sie die Freiheit von politischen Übergriffen fordern und faire Handelsbedingungen auch gegenüber China durchsetzen. Die nötigen harten Verhandlungen können sie nur führen, wenn sie die Außenwirtschaftspolitik der EU an Mehrheitsentscheidungen binden. Solange sie an ihrer nationalen Pseudo-Souveränität festhalten und nur einstimmig entscheiden können, kann schon eine gekaufte Regierung alles lahmen. Die EU muss handlungsfähig werden – oder sie wird zum hilflosen Opfer im neuen Kalten Krieg.

Türkei verurteilt Deutsche zu sechs Jahren Haft

Wachsende Spannungen zwischen Ankara und Berlin / Ab Montag steht eine weitere Bundesbürgerin vor Gericht

VON SUSANNE GÜSTEN

Ein Gericht in der Türkei hat einem Bericht von WDR, NDR und „Süddeutscher Zeitung“ zufolge eine deutsche Staatsbürgerin zu sechs Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. In dem Urteil im südtürkischen Karaman wurden der 51-Jährigen demnach strafbare Verbindungen zur Bewegung des Predigers und angeblichen Putschisten Fethullah Gülen vorgeworfen. Die Entscheidung fiel laut dem Bericht schon im Dezember vergangenen Jahres, wurde aber jetzt erst bekannt. Von diesem Montag an steht eine weitere Bundesbürgerin in der Türkei vor Gericht.

Die in Karaman verurteilte Frau habe türkische Wurzeln, aber nur einen deut-

schen Pass, hieß es. Sie sei nach mehr als 20 Jahren in Südwestdeutschland im Jahr 2013 in die Türkei gezogen. Ob die Deutsche nach dem Urteil in Haft sitzt oder bis zur Revision auf freiem Fuß ist, ging aus der Meldung nicht hervor. Eine höhere Instanz habe das Urteil bestätigt. Sollte ihre Revision scheitern, müsse sie die Strafe absitzen. Aus dem Auswärtigen Amt hieß es am Samstag auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur, der Fall sei bekannt und man beobachte ihn aufmerksam.

Die Regierung von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan wirft der Gülen-Bewegung vor, den Putschversuch von 2016 organisiert zu haben, was der in den USA lebende Gülen bestreitet. Ankara hat in den vergangenen Jahren meh-

HEUTE

CD-EMPFEHLUNGEN
Blick zurück zum Glück – Musik für den Herbst

rere Zehntausend Menschen festnehmen lassen und mehr als 100 000 Beamte, Lehrer, Polizisten und Soldaten aus dem Staatsdienst entfernte.

Kritiker werfen Ankara deshalb eine Hexenjagd vor. Die EU beklagt ebenfalls, die Türkei habe sich seit dem Putsch immer mehr von rechtsstaatlichen Prinzipien ent-

fernt, doch Ankara argumentiert, die Gülen-Bewegung müsse konsequent verfolgt werden, damit sie nicht erneut einen Staatsstreich versuchen könne. Daher gibt es immer wieder Säuberungswellen in Militär und Staatsdienst. Am Samstag ordnete die Istanbul Oberstaatsanwaltschaft laut Medienberichten die Festnahme von weiteren 223 Soldaten an.

Die Vorwürfe der türkischen Regierung gegen die Gülen-Bewegung verstärken die Spannungen zwischen Ankara und Berlin. Erdogans Regierung kritisiert, dass die deutschen Behörden die Auslieferung von Gülen-Anhängern ablehnen, die nach dem Putsch in die Bundesrepublik geflohen waren. Darunter sollen auch Drahtzieher des Umsturzver-

suches sein, bei dem rund 250 Menschen ums Leben gekommen waren.

Das türkisch-deutsche Verhältnis ist wegen der Festnahme und Verurteilung von mehreren Dutzend Bundesbürgern in der Türkei in den vergangenen Jahren angespannt. Vor einigen Tagen hatten die türkischen Behörden die Tochter der in der Türkei inhaftierten Kölner Sängerin Hozan Cane verhaftet. Cane war im vergangenen Jahr zu einer sechsjährigen Haftstrafe wegen angeblicher Propaganda für die terroristische Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verurteilt worden. Ab diesem Montag muss sich die kurdischstämmige Künstlerin mit deutschem Pass außerdem wegen des Vorwurfs der Präsidentenbeleidigung vor Gericht verantworten.

Fakten und Meinungen

VON HARALD MARTENSTEIN



Bei der Instrumentalisierung gilt allerdings hierzulande die Grundregel, dass Instrumentalisierungen durch den politischen Gegner immer als verwerflich gelten, während Instrumentalisierungen durch das eigene politische Lager als völlig okay gelten. Es handele sich dabei, heißt es, um das legitime Bemühen, eine Wiederholung dieses schrecklichen Ereignisses zu verhindern.

Wenn allerdings nach einem Anschlag mit vielen Toten ein rechter Politiker einen Zusammenhang zwischen diesem Anschlag und einer allzu sorglosen Einwanderungspolitik behauptet, dann ist dies pietätlos und amoralisch. Außerdem handele es sich um einen Einzelfall.

Aber nach einem Autounfall mit mehreren Toten wird sofort eine Neuausrichtung der Verkehrspolitik gefordert. Aber, wie gesagt, es ist ja richtig, aus Ereignissen Schlüsse zu ziehen. Auch diejenigen, die den Anschlag vom Breitscheidplatz für uninstrumentalisierbar erklärt haben, zogen Schlüsse. Man denke an die Betonblöcke, die seitdem jedes Volksfest vor Einzelfällen schützen. Wer im Straßenverkehr Leben retten will, könnte zum Beispiel Fahrtüchtigkeitsprüfungen für alte Menschen einführen. Gesund sollten Fahrende schon sein.

takuläre Karriere hingelegt wie „Populismus“. Instrumentalisierung bedeutet, dass jemand die von einem traurigen Ereignis erzeugte emotionale Wärme dazu benutzt, sein politisches Süppchen zu erhitzen. Ich finde das gar nicht grundsätzlich verwerflich – nichts spricht dagegen, aus Ereignissen Lehren zu ziehen. Lernverbote lehne ich ab.

Es ist nicht unglaublich, wie rutzfatz Anti-SUV-Talkshows und Anti-SUV-Titelgeschichten in den letzten Tagen rausgehauen wurden, von „taz“ über „Spiegel“ bis Maybrit Illner? Verdammte will ich sein, wenn die nicht schon längst fertig waren, zumindest im Kopf, und nur noch auf einen Anlass gewartet haben. Dieser Anlass bestand aus einem grauenhaften Unfall in Berlin, bei dem allerdings immer noch nicht ganz klar ist, was da überhaupt passierte, ich meine, genau. Wäre dieser Unfall ganz anders verlaufen, wenn der Fahrer nicht am Steuer eines Porsche Macan, sondern eines Kleintransporters mit Elektromotor gesessen hätte? Ich fürchte, da konnte die Faktenfindung mit dem Tempo der medialen Meinungsbildung mal wieder nicht ganz mithalten.

SUV sind übrigens bei Frauen sehr beliebt. Sie gelten auch als besonders sicher. Der Überblick über das Verkehrsgeschehen ist besser. Wer gegen einen Baum fährt, hat im SUV bessere Überlebenschancen. Eine Welt ohne SUV wäre eine männlichere und eine weniger sichere Welt. Echte Machos fahren heute Rennrad. Nicht dass ich Rennräder aus der Innenstadt verbannen wollte!

Das Wort „Instrumentalisierung“ hat in den letzten Jahren eine ähnlich spek-

Berlin will erste emissionsfreie Stadt werden

BERLIN – Die Berliner Verkehrssenatorin Regine Günther (Grüne) will mittelfristig alle Autos mit Verbrennungsmotor aus der Hauptstadt verbannen und nur noch Elektro-Autos die Einfahrt gestatten. „Für wirksamen Klimaschutz führt kein Weg daran vorbei, sich möglichst schnell vom Verbrennungsmotor zu verabschieden“, sagte Günther dem Tagesspiegel. Spätestens 2030 solle die autoemissionsfreie Umweltzone in der Hauptstadt Realität sein. „Dass wir als Politik den Menschen signalisieren, sich lieber schon heute nach E-Autos als nach neuen Verbrennern umzuschauen und nicht erst 2028, finde ich in jedem Fall richtig.“ Die Kontrolle sei recht einfach, betonte Günther. „Beispielsweise anhand der Nummernschilder, auf denen Elektroautos durch das E leicht erkennbar sind. Insofern wäre die Kontrolle einfacher als beispielsweise bei den aktuellen Dieselfahrverboten.“

— Seite 3

INDEX	
BUNDESLIGA	
Mainz 05 – Hertha BSC	2:1
1. FC Union – Werder Bremen	1:2
Bor. Dortmund – Leverkusen	4:0
FC Augsburg – Frankfurt	2:1
1. FC Köln – Mönchengladbach	0:1
RB Leipzig – Bayern München	1:1
KEINE FRAUENSACHE 25	
Warum kämpfen Männer nicht gegen die Vergewaltigungskultur? Ein Aufruf	
WETTER 2	
Auf einen freundlichen Start folgen dichtere Wolken mit einem erhöhten Schauerisiko. Der Wind weht mäßig bis frisch.	
SPORT 17 – 20	
TAGESTIPPS 30	
MEDIEN/TV-PROGRAMM 31	
IMPRESSUM & ADRESSEN 6	
LESERBRIEFE@TAGESSPIEGEL.DE	
TEL. REDAKTION	(030) 29021-0
TEL. ABO-SERVICE	(030) 29021-500
TEL. SHOP	(030) 29021-520
TEL. TICKETS	(030) 29021-521

ISSN 1865-2263



4 190662 203300

ANZEIGE



MICHAEL SCHICK IMMOBILIEN

WE LIVE INVESTMENT.

www.schick-immobilien.de

Handschlag der Bosse. Die Chefs von ChemChina und Syngenta besiegeln 2017 den Verkauf des Schweizer Agrarchemieunternehmens an Chinas Staatskonzern. Syngenta beschäftigt 28 000 Mitarbeiter.

Der gefürchtete Partner



Mehr als 300 Milliarden Dollar haben chinesische Unternehmen in Europa investiert – von Hightech bis Tourismus. Verkaufen die Europäer so ihre Wirtschaftskraft? Regiert Peking nun in Brüssel mit? Das Team Investigate Europe stieß bei der Recherche in zehn Ländern auf höchst widersprüchliche Antworten

VON NICO SCHMIDT, HARALD SCHUMANN UND ELISA SIMANTKE

D

Die Verheißung aus Fernost erreicht Deutschland meist in der Nacht. Schier endlose Container-Züge mit chinesischen Schriftzeichen fahren nach 11 000 Kilometern Reise ihre Endstation am Duisburger Rheinufer an. Dort stehen LKWs und Schiffe bereit, um vom Smartphone bis zur Bademode China-Waren aller Art in die umliegenden Länder zu verteilen. Rund 30 mal pro Woche wiederholt sich das Schauspiel und beschert dem Güterbahnhof im Industrieviertel einen klingenden Titel: Vom „Ende der Seidenstraße“ sprechen die Manager der Stadt, und preisen die um drei Wochen kürzeren Lieferzeiten gegenüber dem Schiffs-transport. Schon jetzt gibt es mehr als 100 chinesische Unternehmen in der Stadt, und viele weitere sollen folgen. „China“, sagt Erich Staake, der Chef des Projekts, „ist ein bedeutender Bestandteil für unsere künftige Entwicklung“.

Das gilt genauso für das 1300 Kilometer entfernte Kroatien. Dort erfüllt der chinesische Staat den Bewohnern einen lange gehegten Traum. In einer malerischen Adria-Bucht bohren chinesische Arbeiter mit gewaltigen Hammertürmen Stahlpfeiler 120 Meter tief in den Meeresgrund. Bald schon werden sie eine zweieinhalb Kilometer lange Brücke tragen, um das Festland mit der Exklave Dubrovnik zu verbinden, die seit dem Jugoslawienkrieg getrennt sind. Die gut 200 chinesischen Arbeiter schufteten pausenlos und „machen

das sehr gut“, lobt der Chef der Bezirksregierung. Vor allem sind sie billig, kein europäischer Wettbewerber konnte mithalten.

Aus China kommen auch die neuen Nutzer des ehrwürdigen Loreto-Palastes im Herzen der Altstadt von Lissabon. Hinter der Fassade aus dem 18. Jahrhundert residieren die Mitarbeiter des chinesischen Konzerns Fosun. Dessen Firmenimperium reicht in Europa von der früher staatlichen portugiesischen Versicherung „Fidelidade“ über den Reisekonzern Thomas Cook bis zur Modemarke Tom Tailor und der deutschen Privatbank Hauck & Aufhäuser. Nicht weit entfernt sind zudem die Büros von Chinas Staatsunternehmen State Grid und Three Georges, die sich in die Stromversorgung des Landes eingekauft haben. Investitionen von mehr als neun Milliarden Euro machen Portugal jetzt zu einem „strategischen Partner“, erklärte Chinas Botschafter in Lissabon.

So läuft das europaweit. Eisenbahnen, Häfen und Stromnetze, Maschinenbau, Tourismus und Finanzwesen – in all diesen Branchen kaufen sich chinesische Unternehmen in die europäische Wirtschaft ein. Schon weit mehr als 300 Milliarden Euro haben sie hier investiert.

China ist überall, und das stiftet Furcht. „Der gefräßige chinesische Drache“ spalte Europa, „darum müssen wir Angst haben“ schrieb die „Bild“. Chinas „riesige Investitionen im Ausland verschaffen ihm eine scharfe Macht“, die es nutze, um „Kritiker mundtot zu machen“, warnte der „Economist“. Führende EU-Politiker schlagen neuer-

dings den gleichen Ton an. Der Wettbewerb zwischen China und Europa „läuft nicht fair“, klagt EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, weil die Regierung in Peking sich einseitig Vorteile verschaffe. „Die Zeit der europäischen Naivität“ müsse „vorbei sein“, fordert Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. Und erstmals konstatierten die EU-Regierungen im März, China sei „gleichzeitig Partner und systemischer Rivale“.

Aber ist die chinesische Investitionsoffensive tatsächlich eine Gefahr für Europas Prosperität? Birgt die Verflechtung das Risiko, mit dem autoritären Regime in Peking gemeinsame Sache zu machen? Diesen Fragen ist das Team von Investigate Europe (siehe unten) nachgegangen und auf überraschende Antworten gestoßen.

Lange galten die Investitionen aus China als willkommene Folge der Globalisierung, zumal europäische Unternehmen umgekehrt schon weit mehr in China investiert haben. Allein aus Deutschland sind nach Angaben des Pekinger Handelsministeriums mindestens 5000 Unternehmen mit mehr als 100 Milliarden Euro in China engagiert.

Durch seinen rasanten Aufstieg wird der asiatische Wirtschaftsriese jedoch zusehends Konkurrent. Von den 500 größten Unternehmen der Welt haben bereits 119 ihren Sitz in China, nur zwei weniger als in den USA. Erstmals seit der Industriellen Revolution steht damit die Vormachtstellung der Europäer und Amerikaner in der Weltwirtschaft wieder in Frage.

Welche Ängste das auslöst, zeigte sich im Mai 2016, als der chinesische Hausgerätekonzern Midea für 4,6 Milliarden Euro den deutschen Robotik-Hersteller Kuka kaufte. Es sei zu „befürchten, dass solche Unternehmen nur als Werkzeuge benutzt und weggeworfen werden, wenn sie genügend Technologie übertragen haben“, warnte Michael Clauß, der damalige deutsche Botschafter in Peking.

Doch die „Angst vor dem Ausverkauf“ der europäischen Industrie nach China, wie die „Frankfurter Allgemeine“ schrieb, geht am tatsächlichen Geschehen vorbei. Seit 2016 kauften Investoren aus China mehr als 160 weitere europäische Unternehmen für jeweils mehr als 100 Millionen bis zu 43 Milliarden Dollar (siehe Tabelle). In den meisten Fällen, das bestätigten Manager und Arbeitnehmer von Norwegen bis Italien gegenüber Investigate Europe, geht es den gekauften Unternehmen heute besser als vorher. „Chinesische Investoren halten sich in aller Regel an die Gesetze und Tarifverträge“, konstatiert Rüdiger Luz, als Leiter der Abteilung Betriebspolitik bei der IG Metall ein Kenner der europäischen Industrie.

Dafür steht exemplarisch der chinesische Staatskonzern ChemChina, der „dynamischste Globalisierer unter Chinas Staatsunternehmen“, befand der „Economist“. So gehören unter anderen der Reifenkonzern Pirelli aus Italien, der Enzym-Spezialist Adisseo aus Frankreich, der Silikonproduzent Elkem aus Norwegen, der Schweizer Agrarchemiehersteller Syngenta und der deutsche Welt-

marktführer für Kunststoff-Maschinen Krauss-Maffei zu ChemChina. Der Lenker dahinter ist der Selfmade-Millionär Ren Jianxin, dem die Regierung die Sanierung vieler maroder Betriebe übertrug. Die von ihm eingesetzten Manager lassen den Tochterfirmen in Europa weitgehend freie Hand. Für die rund 6200 Mitarbeiter beim norwegischen Silikon-Spezialisten Elkem sei der Verkauf nach China „nur positiv“, versichert Marianne Færøyvik, Vertreterin der Gewerkschaften im Aufsichtsrat. Die Firma sei seit der Übernahme in 2011 durch Zukäufe „gut gewachsen“. Die gleiche Erfahrung machen auch die Mitarbeiter bei Pirelli, dem „Prada der Reifenindustrie“, wie Ren es nennt. Nach der Übernahme für mehr als sieben Milliarden Euro im Jahr 2015 bot er den italienischen Kollegen einen erstaunlichen Vertrag: Obwohl die erworbenen 45 Prozent der Aktien ChemChina die volle Kontrolle verschaffen, kann die Konzernzentrale nur ins Ausland verlegt werden, wenn die übrigen Eigentümer zustimmen. Damit bleibt Pirelli italienisch und CEO Tronchetti Provera ist überzeugt, der Deal sei „das Beste für Pirelli“ gewesen. „Andernfalls wären wir in die Hände von Konkurrenten gefallen, und das wäre das Ende von Pirelli gewesen“.

Frank Stiehler, Chef des Münchner Maschinenbauers Krauss-Maffei sieht sein Unternehmen bei ChemChina ebenfalls gut aufgehoben. „Wir investieren heute doppelt so viel wie in den Jahren unter Führung durch angelsächsische Finanzinvestoren“, sagt Stiehler Investigate Europe. Gleich vier

INVESTIGATE EUROPE ist ein Journalistenteam aus neun Ländern, das Themen von europäischer Relevanz recherchiert und die Ergebnisse europaweit veröffentlicht. Spenden der Leser sind ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung der Arbeit. Das Projekt wird von der Schöpflin-Stiftung, der Rudolf-Augstein-Stiftung, der Hübner &

Kennedy-Stiftung, der Fritt-Ord-Stiftung, der Open Society Initiative for Europe, der Gulbenkian Foundation, der Cariplo-Stiftung und privaten Spendern unterstützt. Zu den Medienpartnern für die Recherche über die chinesischen Investitionen gehören neben dem Tagesspiegel unter anderem *Aftenbladet*, *Diário de Notícias*, *De Groene Ams-*

terdammer, *Il Fatto Quotidiano*, *Mediapart*, *Republik*, *Trends* und *Gazeta Wyborcza*. Außer den Autoren waren Wojciech Ciesla, Ingeborg Eliassen, Juliet Ferguson, Nikolas Leontopoulos, Maria Maggioro, Leila Minano, Paulo Pena, Jordan Pouille und Jef Portmans beteiligt. Mehr zum Projekt unter: www.investigate-europe.eu

